

# Schwedter Tageblatt

Veröffentlichungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Bierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher, Bestellgeld besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen-Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 15

Sonnabend, den 18. Januar 1930

37. Jahrgang

## Chronik des Tages.

\* Der Anleihebedarf von Reichsbahn und Reichspost beträgt zusammen die Summe von 800 Millionen Reichsmark, der hauptsächlich auf den französischen Kapitalmarkt aufgelegt werden wird.  
\* Man ist keineswegs davon überzeugt, daß die Verhandlungen der Seeabrüstungskonferenz in London ohne Schwierigkeiten vor sich gehen werden, besondere Bedenken verursacht dabei die Haltung Japans.  
\* Im Saargebiet sollen über 300 Millionen Franken seitens der Saarregierung als Reserven angesammelt worden sein, die selbstverständlich bei der Pariser Auseinandersetzung im Interesse der Saarwirtschaft berücksichtigt werden müssen.  
\* Gerade rechtzeitig zu den Verhandlungen über Memelfragen, die die Reichsregierung mit Litauen führt, legt wieder neue Sehe gegen Deutschland seitens der litauischen Presse ein, die von deutscher Seite aufs Schärfste zurückgewiesen werden muß.

## Die Kernfrage: Mobilisierung.

Dorpmüller und Schögel als Sachverständige.

Haag, 17. Januar.

Zu den immer wieder von neuem stattfindenden Beratungen über die Mobilisierung der deutschen Reparationsfonds sind außer dem Generaldirektor der Reichsbahn Dr. Dorpmüller auch der Reichspostminister Schögel sowie mehrere andere Sachverständige zugezogen worden.

Man muß sich darüber klar sein, daß mit der Frage der Mobilisierung das für Frankreich praktische Kernstück der Young-Abmachungen in Angriff genommen ist, also eine Frage, die wesentlich mit Fragen des internationalen Kurswertes der politischen Abmachungen im Haag zusammenhängt. Die Möglichkeit der Berücksichtigung der französischen Kreditierungswünsche hängt ferner wesentlich mit der Frage der Gestaltung des deutschen Haushalts und des eigenen deutschen Kreditbedürfnisses zusammen. In Konferenzkreisen sind inzwischen allerdings Zweifel darüber aufgekommen, ob der bisher als gesichert angesehene Abschluß der Konferenz am Sonnabendabend tatsächlich ermöglicht werden wird.

Abgesehen von der Mobilisierungsfrage finden erst Sonnabend vormittag die Beratungen zwischen den sechs einladenden Mächten und den kleineren Mächten über deren Beteiligung an der endgültigen Regelung der Reparationsfrage mit Deutschland statt. Ebenso zeichnen sich in den Ostreparationsfragen noch immer keine Möglichkeiten einer Einigung ab. Lougher erklärte der Presse, eine Einigung sei als ausgeschlossen anzusehen. Die Verhandlungen hierüber würden in Paris nach dem Abschluß der Haager Konferenz weiter fortgesetzt werden.

## Wann tritt der Youngplan in Kraft?

Die sechs einladenden Großmächte haben die endgültige Regelung für das Inkrafttreten und die Ratifizierung der gesamten Haager Abmachungen getroffen.

Danach wird im Schlußprotokoll ausdrücklich festgestellt, daß das Haager Schlußprotokoll mit den 13 Anträgen von den 5 Gläubigermächten — England, Frankreich, Belgien, Italien und Japan — sowie von Deutschland ratifiziert werden muß, um in Kraft zu treten. Jedoch ist die Bestimmung aufgenommen worden, daß die Ratifizierung durch vier Mächte genügt.

Diese Bestimmung ist mit Rücksicht auf Japan aufgenommen worden. Die japanische Delegation hatte darauf hingewiesen, daß die Ratifizierung durch die verfassungsmäßigen japanischen Organe vermutlich mehrere Monate in Anspruch nehmen würde. Aus diesem Grunde ist mit Zustimmung Japans beschlossen worden, daß die gesamten Haager Abmachungen auch in Kraft treten, wenn sie nur von den übrigen vier Gläubigermächten und Deutschlands, jedoch nicht von Japan, ratifiziert worden sind.

## Die Liquidierung der Vergangenheit.

Auch die Frage der Liquidierung der Vergangenheit ist jetzt endgültig geregelt.

Es war ursprünglich vorgesehen, daß Deutschland wohl einen Verzicht auf die Uebererschüsse aus den Staatsforderungen als auch einen allgemeinen Verzicht auf alle Liquidationsüberschüsse aussprechen sollte. Da nunmehr Deutschland mit den sämtlichen für die Liquidation in Frage kommenden Mächten Einzelabkommen abgeschlossen hat, ist diese Forderung der Gläubigermächte zurückgezogen worden.

In den Bestimmungen des Schlußprotokolls wird daher keine allgemeine Klausel über einen grundsätzlichen Verzicht Deutschlands auf alle Liquidationsüberschüsse ausgesprochen. Die einzelnen Liquidationsabkommen werden lediglich am Schluß des Haager Schlußprotokolls einzeln ausgeführt und müssen vom Reichstag einzeln, unabhängig von dem gesamten Schlußprotokoll ratifiziert werden.

## Rund 800 Millionen Reichsmark.

Anleihebedarf von Reichsbahn und Reichspost.

Berlin, 18. Januar.

Im Zusammenhang mit den Haager Verhandlungen über die Anleihefrage ist der Geldbedarf der Reichsbahn und Reichspost in den Vordergrund getreten und es ist damit ein Problem berührt, das sowohl für die beiden Verkehrsminister als auch für den Kapitalmarkt von erheblicher Bedeutung ist. In den Verhandlungen nimmt neben dem Generaldirektor Dorpmüller der Direktor der Finanz- und Rechtsabteilung Jahn teil.

Der Anleihebedarf der Reichsbahn

beträgt normal im Jahre 300 Millionen Mark, zum letzten Mal war es der Reichsbahn im Februar 1928 möglich, einen Betrag in Höhe von 200 Millionen gegen Begebung von Vorzugsaktien zu erhalten. Trotz aller weiteren Bemühungen der Reichsbahn hat diese bisher kein Geld erhalten können, auch dann nicht, als die Widerstände Parter Gilberts in Wegfall gekommen waren. Seit dem Zeitpunkt sind der Reichsbahn zwar verschiedentlich finanzielle Angebote unterbreitet worden, die sich aber nicht realisieren ließen.

Da es sich nicht um langfristiges Geld handelte und außerdem um einen Zinssatz, der für die Reichsbahn nicht erträglich war.

Da die Reichsbahn in den letzten beiden Jahren ihren Anleihebedarf nicht hat decken können, wären bei einem Normalbedarf von 300 Millionen Mark im Jahre 600 Millionen Mark zu übernehmen. Ob eine Anleihe in dieser Höhe freilich zustandekommt, erscheint mehr als zweifelhaft, da ja u. a. auch noch die Reichspost auf dem Anleihemarkt auftritt.

Im Zusammenhang mit der Annahme des Young-Plans wird die finanzielle Lage der Reichsbahn voraussichtlich noch einmal erörtert werden, da die Reichsbahn-Gesellschaft ihre Tarifwünsche einstweilen nur zurückgestellt, aber nicht aufgegeben hat, und da in Reichsbahnkreisen weiter die Auffassung besteht, daß eine Tarifserhöhung nur dann unterbleiben könnte, wenn das Reich der Reichsbahn einen Nachlaß auf die Beförderungssteuer gewährt.

Für die Reichspost besteht nominell ein Anleihebedarf von 224 Millionen Mark. Im Jahre 1926 war eine Anleihe von 174 Millionen bewilligt worden, von denen eine Anleihe über 150 Millionen zustande kam. Dazu kommt die im Jahre 1927 bewilligte Anleihe von 150 Millionen sowie eine Bewilligung aus dem Jahre 1928 in Höhe von 50 Millionen Mark.

## Eine treffliche Antwort.

Dem Separatistenhüpfel Matthes ins Stammbuch.

München, 18. Januar.

Der aus der Separatistenzeit bekannte Schriftsteller Matthes, der früher als Redakteur in Alshausen tätig gewesen war und jetzt Direktor des Bureau internationale de Presse in Paris ist, hatte sich in einer Eingabe an den bayerischen Landtag über den Oberbürgermeister von Alshausen und die unterfränkische Kreisregierung beschwert.

Der Eingabenausdruck des bayerischen Landtages hat es einstimmig unter seiner Würde erklärt, diese Eingabe zu behandeln. Der Beschwerdeführer sei ein Mann, der nicht bloß jahrelang die Ehre deutscher Staatsbürger in den Rot gezogen habe, sondern auch als führender Separatist die rheinischen Lande vom deutschen Vaterlande losreißen wollte und sich selbst außerhalb deutschen Geheges und Reiches stellte, auf das er sich jetzt bei seiner Beschwerde gegen einen bayerischen Oberbürgermeister und eine Kreisregierung berufe. Bei Matthes handele es sich um einen Separatistenhüpfel, der durch seine unheilvolle Tätigkeit großes Leid und unjagbares Elend über unser treudeutsches rheinisches Volk gebracht habe.

## Wird weiter Ruffengeld gefälscht?

Eisernwenzel-Fälscherprozess in Leningrad.

Moskau, 18. Januar.

In Leningrad begann der Prozess gegen die Eisernwenzel-Fälscher. Auf der Anklagebank sitzen sechs schematische Offiziere, darunter der ehemalige Rittmeister Schiller, der bekanntlich ausgesagt hat, daß er von dem aus dem Berliner Prozess bekannten Georgier Sabathieraschewski falsche Eisernwenzel erhalten habe. Der Prozess wird zehn Tage in Anspruch nehmen.

Die Sowjetregierung hat beschlossen, den Prozess durch Rundfunk für die Bevölkerung Leningrads und Moskau zu übertragen. Der Prozess wird noch ein diplomatisches Nachspiel haben, weil die Eisernwenzel-Fälschungen nach Ansicht der Regierung im Auslande bis jetzt noch nicht zum Stillstand gekommen seien.

## Schwierigkeiten für London.

Die letzten Vorverhandlungen.

London, 18. Januar.

Die englisch-japanischen Verhandlungen über die Vorbereitung der Londoner Seeabrüstungskonferenz scheinen sich festgefahren zu haben. Gerade zwischen diesen beiden Mächten bestehen ja hinsichtlich der programmatischen Forderungen für eine Rüstungsminderung zur See grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten.

England propagiert die Abschaffung der Unterseeboote und ist deshalb unwillig über das lebhaft eintretende Japans für die Aufrechterhaltung dieser Waffe, denn das Unterseeboot ist für Frankreich das gegebene Mittel zur Beherrschung der Kanalzonen und zur Abperrung der britischen Inseln vom offenen Weltmeer. Ebenso wirkt sich Japans Rivalität in der Kreuzerfrage gegenüber Amerika indirekt auf England aus, nachdem man sich zwischen London und Washington über dieses Problem so ziemlich verständigt hatte.

In der Frage einer Verminderung der Schiffschiff-tonnage dagegen wird eine Verständigung leichter zu erzielen sein. Das kritische Problem für die Londoner Konferenz ist, ob England und Japan ihre speziellen Forderungen für so wichtig halten, daß sie auch um den Preis einer ersten Verstimmung darauf beharren werden, und man möchte glauben, daß eine weitergepaunte Ueberschau über die weltpolitischen Zusammenhänge sowohl in Tokio wie London zu der Erkenntnis führen müßte, daß ein Einlenken und ein Kompromiß für beide Teile nützlicher ist als ein hartnäckiges Beharren bei Bestrebungen, die neue Spannungen aufreizen müßten.

Der Flottenjahrenverständige des „Daily Telegraph“ vergleicht den amerikanischen und den englischen Standpunkt zur Flottenabrüstung und kommt zu dem Schluß, daß die beiderseitige Annäherung nicht soweit gehe, wie man bisher glaubte. Hinsichtlich der Zerstörer und Unterseeboote werde die britische Regierung sich auf der Konferenz sehr eng an die bereits im Jahre 1927 in Genf gemachten Vorschläge halten, nämlich eine Begrenzung der Zerstörerführerschiffe auf 1750 Tonnen, der Zerstörer auf 1400 Tonnen, der ozeantüchtigen Unterseeboote auf 1600 Tonnen und der Küstenunterseeboote auf 600 Tonnen, während als Höchstgrenze für die Geschütze für alle Zerstörer und Unterseeboote ein Kaliber vorgeschlagen wird, das 12,7 Zentimeter nicht übersteigen soll.

## Politische Rundschau.

Die Freitagnummer der „Roten Fahne“ beschlagnahmt. Die Freitagnummer der „Roten Fahne“ ist wegen Aufreizung gegen die Staatsgewalt vom preussischen Innenministerium auf Grund der Paragraphen 81 Abs. 2, 85, 86 und 130 des Strafgesetzbuches beschlagnahmt worden.

81 Bewerbungen um den Wiesbadener Oberbürgermeisterposten. Die Frist zur Meldung für die neu zu besetzende Stelle des Oberbürgermeisters war am Mittwochabend abgelaufen. Es sind 81 Bewerbungen eingegangen.

Keine Diskontermäßigung in London. Die in Finanzkreisen allgemein erwartete Herabsetzung des Diskontsatzes der Bank von England ist ausgeblieben. Die City ist stark enttäuscht.

Verhaftungen auf Samoa. Nach Meldungen aus Apia sind von berittener Polizei 7 Anhänger der Mau-Liga einer Selbstmordbestrebung auf Samoa) verhaftet und nach Apia gebracht worden.

## Botschafter Schurman Senator der deutschen Akademie.

München, 18. Januar. Der Senat der Deutschen Akademie hat den amerikanischen Botschafter, Dr. h. c. Schurman, anlässlich seiner Rückkehr nach Amerika in Anerkennung seiner die kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika fördernden Tätigkeit zum Senator ernannt.

## Anträge der tschechischen Nationalsozialisten.

Prag, 18. Januar. Die tschechischen Nationalsozialisten haben im Parlament beantragt, den 7. März, den Geburtstag des Präsidenten Masaryk, zum Feiertag zu erheben. Ein weiterer Antrag der Partei verlangt Maßnahmen gegen die in Ungarn geplanten Jahrtausendfeiern. Die ungarische Regierung wolle die Jahrtausendfeier zu Kundgebungen gegen die Tschechen ausnutzen. Die Regierung müsse die ungarische, gegen den Frieden Mitteleuropas gerichtete Propaganda genau beobachten.

## Nachmals die belgischen Franktireurs.

Brüssel, 18. Januar. Der Magistrat von Dinant hat den Benediktinermönch Norbert Niewland zum Ehrenbürger ernannt. Niewland ist dadurch bekannt geworden, daß er die Geschichte des deutschen Einnerriches in Belgien geschrieben und darin das deutsche Heer beschuldigt hat, in Dinant Grausamkeiten begangen zu haben. Eine Rundgebung zu Ehren des Mönches Niewland wird am 19. Januar in Dinant veranstaltet werden. Diese Ehrung wird leider die Franktireurs-Frage wieder aufleben lassen.